

Tätigkeitsbericht

Hauptversammlung

27. März 2008

Liebe Kolleginnen
Liebe Kollegen
Liebe Freunde

1. Personelles im PVL

Thomas Klaus

Aufgrund der Statuten wird anlässlich der Hauptversammlung jeweils ein Teil des Vorstandes neu besetzt. Dadurch sind jährlich Ersatz- bzw. Bestä-

tigungswahlen nötig. Anlässlich der Jahresversammlung 2007 im Hotel Schaanerhof, Schaan, wurde der Vorstand wie folgt bestellt:

Vorstand:		
Funktion	Name	Arbeitsstelle
Präsident:	Thomas Klaus	c/o Landespolizei
Vizepräsident:	vakant	
Kassier:	Johannes Hasler *)	c/o Landespolizei
Schriftführerin:	Cornelia Bühler	c/o Landespolizei
Beisitzer:	Gerhard Hermann	c/o Landespolizei
	Arno Aberer	c/o Grundbuch und Öffentlichkeitsregisteramt
	vakant	

*) gem. Ersatzwahl vom 01.10.2007)

2. Aktuelle ethische Aspekte bei Personal- und Verwaltungsführung – Grundsätze und Praxis

Thomas Klaus

Werden private und öffentliche Betriebe und Dienste miteinander verglichen, wird eines rasch klar:

Öffentliche Verwaltungen, Betriebe oder Dienste stehen meist unter einem viel komplexeren sozialen und ethischen Spannungsfeld als manche private Betriebe und Dienstleistungsunternehmen. Dies hängt eng mit der banalen, aber zentralen Tatsache zusammen, dass öffentliche Verwaltungen und Dienstleistungen nicht allein gemäss Effizienzkriterien organisiert werden können, sondern sie auch sozialpolitische, gesetzvollziehende und bürgerlichdemokratische Leistungen zu erbringen haben. Viele öffentliche Dienste – wie Polizei, Landgericht, Sozialämter, Beratungsstellen etc. - haben sich zudem gerade um die 'Schattenseiten' einer modernen Gesellschaft zu kümmern. Entsprechend sind Effizienzkriterien und Wirtschaftlichkeit nur eine Dimension. Legitimität, Gesetzlichkeit, Bürgernähe und Umgang mit schwierigen sozialen Situationen sind ebenso wichtige Leis-

tungskriterien.

Die grundsätzliche Besonderheit öffentlicher Verwaltungen und Dienste hat eine zentrale Konsequenz: Sie stehen häufig in einem besonders ausgeprägten sozialetischen Spannungsfeld zwischen teilweise unvereinbaren Werten oder Leistungskriterien (etwa zwischen Effizienz und Einhaltung von Gesetzen und Reglementen, zwischen individueller Bürgerbetreuung und Gleichbehandlung aller BürgerInnen, zwischen politischen und verwaltungsinternen Kontrollstrukturen, usw.). Je komplexer und ethisch mehrdeutig die Aufgaben einer öffentlichen Verwaltung und sozialer Dienste sind, desto wichtiger sind gut qualifizierte und hoch motivierte MitarbeiterInnen.

Diese Tatsachen zu verschiedenen zentralen Aspekten einer Unternehmenskultur und Personalführung sollen anregen, das wichtigste Kapital eines Betriebs - seine MitarbeiterInnen - gemäss modernen ethischen Prinzipien zu fördern, und zu mobilisieren. Danke!

3. RUND UM DEN VERBAND

Thomas Klaus

Mit der Hauptversammlung vom 30. März 2007 im Seminarraum des Hotel Schaanerhof starteten wir ins neue Verbandsjahr. Nach den offiziellen Traktanden bestand die Möglichkeit zum freien Meinungsaustausch der anwesenden Verbandsmitglieder untereinander und mit dem Vorstand des PVL's.

In der Personalkommission, welche im Besoldungsgesetz verankert wurde und seit dem 6. April 2004 in Kraft ist, wurden 2 Fälle behandelt.

Der **Mitgliederbestand** wurde anlässlich der Jahresversammlung 2007 mit **367** Personen beziffert. Hinzugekommen sind insgesamt 40 Neumitglieder. Demgegenüber stehen 6 Austritte infolge Pension oder Austritt aus der Landesverwaltung bzw. Kündigung der Mitgliedschaft. Es ist überaus erfreulich, dass der PVL auch im Jahr 2007 eine leichte Zunahme der Mitglieder verzeichnen kann. Dies stärkt den Verband und motiviert zugleich das Engagement des Vorstandes – denn nur miteinander können wir etwas bewegen.

Erfreulich ist, dass sich immer wieder Personen bereit erklären, beim Verband aktiv mitzuarbeiten. Verständlich ist aber auch, wenn bisherige Funktionäre ihr Amt zur Verfügung stellen. Unsere langjährigen **Vorstandsmitglieder Beatrix Jäger** (Vizepräsidentin) und **Conny Bühler** (Protokollführerin), finden aufgrund ihrer beruflichen und privaten Tätigkeiten kaum mehr Zeit zur Mitarbeit und stellen sich dem PVL für eine Wiederwahl nicht mehr zur Verfügung. Wir danken Beatrix Jäger und Conny Bühler für ihre aktive Mitarbeit sowie für die hervorragende Arbeit im PVL und wünschen ihnen weiterhin persönlich und beruflich alles Gute und viel Erfolg.

Teuerung/Lohnsystem:

Mit dem Voranschlag 2008 beantragte die Regierung beim Landtag Gehaltserhöhungen von 2% der Gesamtlohnsumme der Landesverwaltungsangestellten für Anpassungen der fixen Besoldungsanteile sowie 1% für einen variablen Leistungsanteil. Der Landtag kam diesem Vorschlag nach und hat die entsprechenden finanziellen Mit-

tel gesprochen.

Es hat uns überaus gefreut, dass die Regierung dem Landtag einen entsprechenden Antrag auf Entrichtung der Teuerung, individueller Lohn-erhöhung und Einlage in den Bonustopf gestellt hat. Dass der Landtag sich ebenfalls dafür ausgesprochen hat, führen wir zu einem Teil auch auf unsere Bemühungen zurück.

Weiters wurden im vergangenen Jahr sehr wichtige Gesetzesänderungen in die Vernehmlassung gebracht. Es war daher ein sehr intensives und spannendes Jahr. Wir haben die Interessen unserer MitgliederInnen so gut wie möglich vertreten und mittels unserer Stellungnahmen bei der Regierung deponiert. Es waren unter anderem Stellungnahmen zu folgenden Vernehmlassungen:

Änderung Staatspersonalgesetz

Mit einem neuen Staatspersonalgesetz soll ein zeitgemässes Personalgesetz für die Landesverwaltung geschaffen werden, welches den Anforderungen an eine moderne, effiziente und kundenorientierte Verwaltung Rechnung trägt.

Das neue Staatspersonalgesetz soll das Beamtengesetz, welches aus dem Jahre 1938 stammt, ablösen. Es regelt die Rechte und Pflichten der Angestellten umfassend. Mit dem neuen Gesetz soll der überholte Beamtenstatus endgültig abgeschafft werden. Gleichzeitig soll das Dienstrecht flexibilisiert und damit stark an das Privatrecht angenähert werden. Dies soll unter anderem durch die Einführung einer Probezeit, die Möglichkeit der Versetzung sowie die Anpassung und Lockerung der Kündigungsbestimmungen geschehen. In Zukunft soll es möglich sein, bestehende Dienstverhältnisse unter bestimmten, im Staatspersonalgesetz genau umschriebenen Gründen aufzulösen. Diese Flexibilisierung des Personalrechts steht im Einklang mit den Entwicklungen in der Schweiz.

Das neue Staatspersonalgesetz wurde vom Landtag bereits in erster Lesung beraten. Die zweite Lesung soll im März 2008 stattfinden, damit dieses Gesetz gleichzeitig mit dem neuen Richterdienstgesetz und dem total revidierten Gerichtsorganisationsgesetz in Kraft treten kann. Alle diese Gesetze stellen einen Teil einer umfassenden Staatsrechtsre-

form dar, im Rahmen welcher die massgeblichen gesetzlichen Grundlagen modernisiert und den Bedürfnissen des heutigen Staates angepasst werden.

Unser primäres Ziel war und ist immer noch der Schutz vor Willkür z.B. Wiedereinstellung bei ungerechtfertigter oder missbräuchlicher Kündigung zu gleichen Konditionen sowie Schutz vor ungerechtfertigten Angriffen in welcher der Staat die Mitarbeiter/innen vor Angriffen schützen soll, welche im Zusammenhang mit deren Aufgabenerfüllung stehen und diesen entsprechend Rechtsschutz gewähren. Was unserer Meinung nach noch immer nicht sein sollte, ist die Kündigung aus wirtschaftlichen Gründen, auch wenn dies wesentlich sein muss. Ein Arbeitgeber wie die Landesverwaltung ist eindeutig nicht auf Gewinn ausgerichtet. Der Staatsbetrieb hat nichts mit Wirtschaftlichkeit im engeren Sinn zu tun. Die Landesverwaltung ist ein reines Dienstleistungsunternehmen, welches über Gebühren und Steuern finanziert wird. Gleichzeitig sollte hier die Signalwirkung der Landesverwaltung berücksichtigt werden. Sie hat eine sehr starke soziale und moralische

Vorbildfunktion innerhalb des lokalen Arbeitsmarktes.

Änderung Pensionsversicherungsgesetz

Bezüglich der Vernehmlassung betreffend die Änderung des Gesetzes über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal (Pensionsversicherungsgesetz; PVG), haben wir uns sehr stark dafür eingesetzt, dass die geplanten Änderungen unseren Mitgliedern in der Vernehmlassung objektiv und verständlich zu teil werden. Wir konnten anhand der zahlreichen Rückmeldungen erfreut feststellen, dass wir in der Spezialausgabe „pi“ zum Thema sehr viele Fragen unserer Mitglieder beantworten konnten. Gleichzeitig wurden wir in unserer Meinung bestärkt, dass sehr viele Stellungnahmen einzelner Ämter und Mitarbeiter infolge eingereicht wurden. Der Tenor ist eindeutig: **Wir wollen keinen Leistungsabbau in unserer Pensionskassa.** Seit der Vernehmlassungsfrist vom 22.12.2006 ist über ein Jahr vergangen, ohne dass ein entsprechender Vernehmlassungsbericht an den Landtag überwiesen wurde. Mit der Initiative von Hr. Josef Sele kommt jetzt der Seitenhieb auf

unsere Pensionsversicherung. Der Präsident des PVL traf sich mehrmals mit einem Vertreter des Stiftungsrates der Pensionsversicherung und hat darauf hingewiesen, dass die Versicherten dringend über die möglichen Kosten und Konsequenzen zu informieren sind. Weiters schien mir wichtig zu erwähnen, dass per Ende 2006 2'946 Versicherte und 564 Rentner bei der staatlichen Pensionsversicherung angehört. Wenn alle Pensionsversicherten und ihre Familien sich gegen eine Verschlechterung der Pensionsversicherung aussprechen, müsste eine entsprechende Volksabstimmung positiv ausgehen. Dies zum langfristigen Wohle der Wirtschaft und des Landes. Diese Volksabstimmung ist aber nur zu gewinnen, wenn sich ALLE bemühen und entsprechende Überzeugungsarbeit leisten. Ansonsten werden trotz höheren Lohnabzügen, schlechtere Leistungen in der Pension die Folge sein, und die Stellenattraktivität wird entsprechend sinken. Es stellt sich also die berechnete Frage, ob die öffentliche Hand als Arbeitgeber immer mehr unattraktiv wird gegenüber der Privatwirtschaft. Der Werbeslogan „Sichere Arbeitsstelle bei guten Sozialleistungen“ gehört immer

mehr der Vergangenheit an. Fehlen jedoch diese Anreize, muss mit höheren Bruttolöhnen anstatt Sozialleistungen Arbeitnehmer gesucht werden. Folglich sind die vermeintlichen Einsparungen nur von kurzer Dauer und müssen mit Lohnanpassungen ausgeglichen werden. Der soziale Gedanke bleibt auf der Strecke. – oder anders gesagt, die Konsequenz daraus wäre, dass der Staat seine Leistungsträger mittels höheren Salären rekrutieren müsste, was sich wiederum negativ auf den Staatshaushalt auswirken würde etc.

Die künftige Rolle des Personalverbandes in der Landesverwaltung

Die letzten Jahre haben immer mehr gezeigt, dass der Personalverband, den man leider vielfach nur am Rande wahrgenommen hat, immer häufiger um Stellungnahmen gebeten wurde, so wie vermehrt sich um Belange seiner einzelner Mitglieder zu kümmern hatte. Dies zeigen auch die vermehrten Anfragen unserer Mitglieder zu diversen personalrechtlichen und organisatorischen Belangen.

Aus unserer Sicht braucht es in der heutigen Zeit, welche sich immer mehr durch Stress, Druck und Individualismus prägt, eine starke und präsente Mitarbeitervertretung. Wir haben innerhalb der Landesverwaltung das grosse Glück und die Chance das „Human Capital“ wie man so schön sagt, das höchste Gut innerhalb eines Unternehmens, zu stärken und zu schützen. Wir nehmen uns innerhalb unserer Möglichkeiten dieser Aufgabe an. Wir möchten hier ganz klar hervorheben, dass wir nur miteinander auch füreinander stark sein können. Aus diesem Grund bitte ich alle PVL-Mitglieder/innen um pro aktive Mitarbeit für den PVL und somit für uns alle.

Wenn wir unseren Blick beispielsweise einmal über den Rhein richten, fällt auf, dass es sich bei der CH-Bundesverwaltung in vielen Bereichen um ein „Frühwarnsystem“ handelt. Viele personalrechtliche Änderungen innerhalb der Bundesverwaltung kommen mit Verzögerung früher oder später auch bei uns in der Landesverwaltung an. Wir können diese Tatsache als Chance nutzen, indem wir uns dahingehend interessieren und entsprechend informie-

ren. Gleichzeitig möchten wir hier auf unsere Internet-Seite hinweisen und die MitgliederInnen des PVL zur aktiven Mitarbeit anregen:

www.pvl.li

Bitte besuchen Sie uns im Internet. Wir sind jederzeit froh um Anregungen und Verbesserungsvorschläge. In unserem Forum haben Sie die Möglichkeit uns Ihre Meinung zu diversen Personalpolitischen Änderungen bekanntzugeben und sich mit anderen Meinungen auszutauschen. Bitte teilen Sie uns so Ihre Meinungen und Anregungen mit, damit wir uns für **Sie** einsetzen können. - Danke.

4. Tätigkeitsbericht „Arbeitsgruppe „Sexuelle Belästigung und Mobbing in der Landesverwaltung“

*(Ursula Batliner-Oehry,
Bernadette Kubik-Risch)*

Die nun vorliegende Gesetzesvorlage zum neuen Beamtenengesetz (Staatspersonalgesetz) sieht kein Disziplinarverfahren mehr vor, weshalb die damaligen Vorschläge der Arbeitsgruppe teils hinfällig

geworden sind. Bei Pflichtverletzungen, worunter auch eine sexuelle Belästigung zu subsumieren ist, ist ein Verfahren zur Verhängung von Massnahmen vorgesehen. Die Regierung sah davon ab, in einem solchen Verfahren der von der sexuellen Belästigung betroffenen Person eine Parteistellung einzuräumen. In die Gesetzesvorlage wurde jedoch die Bestimmung einer paritätisch besetzten Personalkommission aufgenommen. Ebenfalls keinen Eingang gefunden hat das von der damaligen Arbeitsgruppe vorgesehene informelle Verfahren bei sexueller Belästigung. Die Arbeitsgruppe ist nicht mehr aktiv.

5. Tätigkeitsbericht „Ständige Arbeitsgruppe zur Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann in der Landesverwaltung“

*Barbara Ospelt-Geiger,
Bernadette Kubik-Risch*

Die Arbeitsgruppe traf sich zu sechs Sitzungen. In der Arbeitsgruppe fand im Juni 2007 ein personeller Wechsel statt: Letizia Meier und Sabine Törmördy sind nach vierjährigem Engagement aus der Arbeitsgruppe ausgeschieden. Neu

wurden Esther Schindler und Thomas Bischof in die Arbeitsgruppe bestellt.

Die von der Stabsstelle und der Arbeitsgruppe in Auftrag gegebene Studie „Lohn(un)gleichheit“ in der Landesverwaltung wurde im Januar von Dr. Wilfried Marxer vom Liechtenstein Institut vorgelegt. Aufgrund der Untersuchung kann die Landesverwaltung in Bezug auf die Lohngleichheit von Frauen und Männern als vorbildlich eingestuft werden. Dennoch verdienen weibliche Landesangestellte im Gesamtdurchschnitt weniger als ihre männlichen Kollegen.

Die Arbeitsgruppe traf sich zu einem Austauschgespräch mit Regierungsrätin Rita Kieber-Beck. Zudem befasste sie sich mit der Erarbeitung von Massnahmen, um die Lohndifferenz zu mindern und setzte sich mit dem Versicherungsschutz während des Elternurlaubs auseinander.

6. Qualitätsmanagement in der Landesverwaltung

Andreas Batliner

Die Regierung und der Lenkungsausschuss trafen sich im

Februar 2007, um über die Weiterführung des TQM-Prozesses in der Landesverwaltung zu diskutieren. Dabei wurde vereinbart, dass im Kalenderjahr 2007 Massnahmen durchgeführt werden sollen, die der Festigung des TQM-Prozess in der Landesverwaltung dienen.

Es wurden folgende Projekte vorgesehen:

- Erarbeitung einer Handlungsanleitung zur Umsetzung des Leitbildes in den Regierungs- und Amtsstellen
- Entwicklung eines Konzeptes zur besseren Verankerung des TQM-Prozesses in den Regierungs- und Amtsstellen
- Fortsetzung des Projektes zur Deregulierung und Delegation von Amtsgeschäften

Im März stimmte die Regierung dem Antrag des Lenkungsausschusses zur Weiterführung des Projektes zur Deregulierung und Delegation von Amtsgeschäften zu. Die Regierungsmitglieder wurden beauftragt, die von den Ämtern vorgeschlagenen Verbesserungspotentiale mit den Amtsstellenlei-

terinnen und Amtsstellenleitern zu diskutieren und die eine oder andere Massnahme in die Zielvereinbarungen 2007/2008 aufzunehmen.

Im Rahmen eines Pilotprojektes führten das Presse- und Informationsamt sowie die Motorfahrzeugkontrolle eine Kundenbefragung durch. Im April konnten der Regierung die Ergebnisse präsentiert werden. Aufgrund der Erfahrungen der am Pilotprojekt beteiligten Ämter wurde der erstellte Fragebogen angepasst. Zum angepassten Fragebogen erarbeitete der Lenkungsausschuss einen Leitfaden für die künftige Durchführung von Kundenbefragungen durch Amtsstellen der Landesverwaltung. Sowohl der Fragebogen wie auch der Leitfaden wurden von der Regierung ebenfalls im April genehmigt. Für Kundenbefragungen stehen somit den Amtsstellen ein Fragebogen und ein entsprechender Leitfaden zur Verfügung.

Der Lenkungsausschuss erarbeitete eine Handlungsanleitung zur Umsetzung des Leitbildes in der Landesverwaltung. Mit dieser Anleitung soll

den Arbeitsstellen ein Hilfsmittel zur Umsetzung des Leitbildes bei der täglichen Arbeit zur Verfügung gestellt werden. Im Kalenderjahr 2008 sollen sich alle Arbeitsstellen mit der Umsetzung des Leitbildes oder einzelner Leitsätze beschäftigen.

Zur besseren Verankerung des TQM-Prozesses in den Regierungs- und Arbeitsstellen unterbreitete der Lenkungsausschuss der Regierung ein Konzept. Das Konzept wurde im Dezember 2007 den Arbeitsstellenleiterinnen und Arbeitsstellenleitern vorgestellt und von den Anwesenden zur Kenntnis genommen. Anschliessend wurde das Konzept von der Regierung im Januar 2008 genehmigt.

Nachdem Walter Walch, früherer Arbeitsleiter des Hochbauamtes, in den Ruhestand getreten ist, wurde Frau Bernadette Kubik-Risch, Leiterin der Stabsstelle für Chancengleichheit, als neues Mitglied im den Lenkungsausschuss bestellt.

Unter

www.qualitaetsmanagement.llv.li

finden Sie weitere Informationen.

7. Personalkommission Be- soldungswesen

Thomas Klaus

Die Personalkommission hatte im Jahr 2007 ein Schlichtungsverfahren betreffend die Stellenzuordnung zu beurteilen. Die Personalkommission hat nach Anhörung beider Parteien und anschliessenden Beratungen eine Empfehlung zu Händen der Regierung gestellt. Aus den Erfahrungen, welche die Personalkommission in den letzten Jahren gemacht hat wurde zur Kenntnis genommen, dass das Amt für Personal und Organisation inskünftig in allen Fällen, in denen sich das Amt für Personal und Organisation und die Arbeitsleitung bzgl. einer Stelleneinstufung nicht einig sind, eine externe Unternehmensberatung als unabhängige und qualitätssichernde Instanz einsetzen wird, bevor ein allfälliger Weiterzug an die Personalkommission erfolgt.

Persönlicher Dank des Präsidenten:

Für die Mitarbeit im abgelaufenen Verbandsjahr danke ich den Vorstandsmitgliedern sowie allen Kolleginnen und Kollegen, welche sich für die Mitarbeit in Kommissionen und Arbeitsgruppen, als „stille“ Helfer zur Verfügung gestellt haben.

DANKE!!

Thomas Klaus
(Präsident PVL)

Vaduz, 27. März 2008

PVL
miteinander & füreinander